

P.B. Nr. 18 - BU/FU

San José, 20. Dezember 1991

V e r t r a u l i c h

EDA

Politisches SekretariatPanama: Schlussbericht

1. Wenn Zentralamerika heute ein ganz anderes Gesicht zeigt, als zum Zeitpunkt meiner Ankunft, Mitte 1986, dann nicht zuletzt auch wegen der dramatischen Veränderung, die Panama erlebte. Die Invasion der USA vom 20. Dezember 1989 hat die Machtverhältnisse am Kanal schlagartig umgekrempelt. Aber wurde damit auch das über Jahrzehnte aufgebaute, verfestigte "Problemgefüge" demontiert? Der Blick auf die heutige Lage lässt daran zweifeln.
2. Als sich General Noriega in den ersten Januartagen des Jahres 1990 den US-Militärs ergab, strömte das Volk in Panamas Strassen spontan zu einem Freudenfest zusammen. Für einmal ist der Begriff Volk erlaubt, denn entgegen einer gewissen Propaganda waren es durchaus nicht nur die "rabiblancos", die "weisse", reiche Oberschicht, welche den Sturz der "Narcokratie" euphorisch begrüßten. Die neue, durch die amerikanische Invasion ermöglichte Regierung konnte damals auf den grössten Teil der Bevölkerung, d.h. auch auf den grössten Teil der armen, meist dunkelhäutigen Schicht zählen. Trotz seiner (spät entdeckten) klassenkämpferischen und nationalistisch- antiamerikanischen Rhetorik hatte nämlich Noriega nur mehr wenige Profiteure, zumeist aus Armee und Verwaltung, hinter sich und konnte mit der taktischen Unterstützung einer kleinen Gruppe marxistischer Intellektueller um Präsidentschaftsberater Nils Castro rechnen. Letztere wollte das Militärregime als Vehikel zur eigenen, späteren Machtübernahme benutzen. Andererseits hatten in Noriegas Macht- und Bereicherungsapparat nicht Vertreter der marginalisierten Schichten, sondern gerade jene, der "rabiblancos" das Sagen. Wie rund zehn Jahre früher in Nicaragua - auch wenn der Vergleich sonst hinkt - stand der Diktator gegen das ganze Volk.

Noriegas korruptes Narcoregime, dem das Volk schon in den annullierten Wahlen vom Mai 1989 die Legitimation entzogen hatte, stellte nur mehr eine perverse Karikatur der von General Torrijos errichteten populistischen Militärherrschaft dar. Dass es "soweit kommen" konnte, hat zwar auch mit den Eigenheiten des torrijistischen "Systems" zu tun, eine zwingende Folge allerdings - wie es viele rechtsstehende Kritiker sehen



- 2 -

wollen - stellte es nicht dar. So fragwürdig Torrijos' Herrschaftsform unter formaldemokratischen Aspekten und mit Blick auf die mangelnde demokratische Legitimation auch gewesen sein mag, sie war eine ernstzunehmende Antwort auf die Lage des Landes zu jener Zeit. Im Unterschied zu Noriega ist denn Torrijos auch heute noch in breiten, vor allem natürlich in den marginalisierten Kreisen populär geblieben. Er hatte eben in zwei zentralen Bereichen des staatlichen Lebens Erfolge vorzuweisen: Torrijos war einer der wenigen Staatschefs, für den Panama nicht an der Grenze der Hauptstadt aufhörte. Schulen, Gesundheitsposten und Infrastrukturbauten auf dem "offenen Land" bezeugen dies noch heute. Und mit den Kanalverträgen, welche die Rückgabe des Wasserweges für das Jahr 2000 festschrieben, hat der gedemütigte panamaische Nationalismus einen eigentlichen Triumph gefeiert. Man kann daher an der politischen Klugheit einer Regierung zweifeln, die Torrijos zusammen mit dem Narcogeneral auf den "Abfallhaufen der Geschichte" wirft.

Obwohl Torrijos diese und weitere Erfolge vorweisen konnte, hat die heutige Lage und haben die anstehenden Aufgaben auch noch mit dem "Vor-Torrijos-Panama" zu tun. Dieses Panama zeigte ein ähnliches Gesicht, wie viele andere lateinamerikanische Länder: Die politische Macht und der wirtschaftliche Reichtum waren in der Hand einer undurchlässigen Oligarchie konzentriert, und die Abhängigkeit von den USA war als Folge der Entstehungsgeschichte des Landes und der amerikanischen Präsenz am Kanal noch viel grösser als anderswo. Das Heer stellte - fast ein Charakteristikum in der ganzen Hemisphäre - kein Instrument zur Sicherung der Unabhängigkeit, sondern ein Werkzeug der Oligarchie zur Unterdrückung des Volkswillens - die drei Putsche gegen Arnulfo Arias beweisen es - dar. Gleichzeitig öffnete die Armee aber den armen und marginalisierten Schichten den einzigen Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg und zu einem gewissen politischen Einfluss. Kein Zufall also, dass ehrgeizige und intelligente Männer vom Schlag eines Torrijos die Militärkarriere wählten, und kein Zufall, dass sich das "Werkzeug" eines Tages gegen seinen eigenen Meister richtete.

Torrijos allerdings stürzte 1968 nicht die Oligarchie von der Macht, sondern einmal mehr Arnulfo Arias mit seiner populistischen Bewegung. Wenn die panamaische Geschichte etwas Spezifisches aufzuweisen hat, das auch heute - obwohl in veränderter Form - noch nachwirkt, dann ist es der "Arnulfismo". Diese "Partei" ist mit ihrer "Anti-establishment-Tendenz" und ihrer zeitweisen (2. Weltkrieg) Nähe zu faschistoidem Denken am ehesten mit dem frühen Peronismus vergleichbar.

Wir stossen in Arias "Philosophie" auf dieselbe Verachtung für die Parteiendemokratie, auf denselben Paternalismus und auf denselben antioligarchischen "Sozialismus", wie in jener von Torrijos. Vor diesem Hintergrund erscheint nicht nur Torrijos' Putsch als recht paradox, sondern auch die Tatsache, dass der

- 3 -

Partido Revolucionario Democrático (PRD), die von Torrijos gegründete "Staatspartei", nach der Wiedezulassung der Parteien nicht einen Schulterschluss mit dem Arnulfismo einging. In der Tat machten sich nämlich beide etwa die gleiche soziale Basis streitig. Während der letzten Jahre vor Noriegas Sturz versuchte der linke Flügel des PRD denn auch den Brückenschlag zum Arnulfismo, doch der Hass des greisen "Leaders" auf das Militär liess solchen Plänen keine Chance.

Nach der heutigen Staatspropaganda ist das Land 1990 nach über zwanzig Jahren Diktatur zur Demokratie zurückgekehrt. Das ist eine schlichte Geschichtslüge, denn eine solche Demokratie gab es vor 1968 - wir sagten es bereits - am Kanal gar nicht; sie muss heute erst aufgebaut werden, und das scheint ein recht mühsamer Prozess zu sein. Wenn man Torrijos also nicht anlasten kann, die Entwicklung aufgehalten zu haben, indem er eine Demokratie zerstörte, trifft ihn dagegen der Vorwurf, dass er sich mit der Oligarchie, soweit es die Besitzverhältnisse betrifft, zugut arrangierte. Diese Strukturen lasten heute noch auf der Gesellschaft und sie sind keine kleine Hypothek für den Aufbau einer echten Demokratie.

Die Verwirklichung demokratischer Verfahren und das Einüben demokratischer Spielregeln stösst auf eine weitere Schwierigkeit, die mit Torrijos zu tun hat. Trotz der zahlreichen politischen Parteien zeigt Panama ein politisch etwas amorphes, unartikulierte Gesicht. Das hängt damit zusammen, dass zwischen der sozioökonomischen "Basis" und dem parteipolitischen "Ueberbau" keine rationale "Korrespondenz" besteht. Die Identität dieser Parteien ist daher wenig gefestigt, die Loyalität der Mitglieder entsprechend schwach. Schlimmer aber: Es fehlt eine starke, ein gefestigtes demokratisches Selbstverständnis aufweisende Linkspartei, welche die Anliegen der Arbeitnehmer und der Armen mit Nachdruck vertreten könnte. An dieser "Desartikulation" ist zwar nicht allein Torrijos schuld, doch hat er mit seiner Militärherrschaft und der "Zwangsadoption" der Linken im PRD wesentlich dazu beigetragen. Sie erlaubten es Noriega, als volksnaher Verteidiger der Arbeiter und der Armen aufzutreten, ohne es zu sein, und sie bewirkten die schwankende, ambivalente Haltung linker Gruppierungen gegenüber dem Narcogeneräl.

Die ungefestigte Parteienstruktur und vor allem das Fehlen einer starken demokratischen Linkspartei lässt das Land nicht ohne Gefahren. Der politisch völlig abgewirtschaftete PRD versucht nämlich nicht ganz ohne Erfolg die Lücke auf der linken Seite zu füllen. Diese Partei ist aber nicht jene verantwortungsvolle Opposition, mit der eine "bürgerliche" Regierung in konfrontativ-konstruktiver Auseinandersetzung einen modernen, sozial verantwortungsvollen Rechtsstaat aufbauen könnte. Zudem kann man mit Blick auf Panamas Tradition und die genannte amorphe Parteienlandschaft auch nicht ausschliessen, dass die wachsende Zahl Unzufriedener ihr Heil wieder bei einem "starken Mann" suchen werde, komme er von welcher Seite auch immer.

So gesehen ist es vielleicht kein Unglück, dass es im Frühjahr 1991 zum Bruch in der Regierung kam und die Christdemokraten jetzt die Oppositionsbank drücken.

3. Einige der Schwierigkeiten, mit denen sich das heutige Panama herumschlägt, haben also tief liegende Wurzeln, doch der Scherbenhaufen, vor dem Präsident Endara im Januar 1990 stand, war selbstverständlich vor allem das "Werk" Noriegas und seiner Helfer. Diesen Scherbenhaufen aufzuräumen und das Brauchbare wieder zusammenzuflicken, darin bestand - noch vor jedem Neuaufbau - die Hauptaufgabe der Regierung Endara. Konkret waren es drei Problembereiche, welche ein schnelles Handeln forderten, die aber auch heute noch im Mittelpunkt der Regierungstätigkeit stehen: Der Militarismus, Korruption/Drogenhandel und die wirtschaftlich-soziale Misere.

Militarismus: Es gilt, ein banales Faktum im Gedächtnis zu behalten: Die ganze Macht lag in Noriegas Panama in der Hand des Militärs. Regierung und PRD waren höchstens Erfüllungsgelhilfen, ohne eigenes Gewicht, ohne Initiativmöglichkeiten. Dies trat am Schluss des noriegestischen Regimes klar zu Tage, als sich der General unter dem Druck von innen und aussen die parlamentarisch-demokratische Maske abnehmen und die wahren Machtverhältnisse offenlegen musste. Noriega konnte trotz einiger Absprünge auf eine grosse Loyalität, ja Komplizität im Offizierscorps zählen. So versuchten die USA das Militärregime vergeblich von innen her aufzubrechen. Sie fanden keine Ritze, wo sie den Keil hätten ansetzen können. Der feste Kitt bestand aber nicht in der politischen Ueberzeugung der Offiziere, sondern in der bereits erwähnten Tatsache, dass diese der Armee "alles zu verdanken" hatten. Gerade Noriega selbst ist das Musterbeispiel für den Aufstieg aus dem "Nichts" zu Macht und Ansehen. Die korruptive "Beteiligung" der Militärs an staatlichen Betrieben und Institutionen bot mit ihren beträchtlichen "Einkünften" ein weiteres Motiv zur Komplizität.

Diese Streitkräfte sind aber auch heute noch - wenn auch "geköpft" und "gesäubert" - die Ordnungskräfte des Landes. Ob es menschlich und politisch möglich gewesen wäre, die ganze Armee "in die Wüste zu schicken", sei hier nicht wieder erörtert. Doch auf die Folgen des Entscheides - für den vor allem Vizepräsident Arias-Calderon geradestehen muss - sei ein Blick geworfen.

Schon wenige Wochen nach Noriegas Sturz meinte der 2. Vizepräsident, Guillermo Ford, kritisch: "Es ist sehr schwierig, aus guten Soldaten gute Polizisten zu machen. Aber es ist unmöglich aus schlechten Soldaten gute Polizisten zu machen." Die Geschichte der letzten zwei Jahre gibt ihm leider recht. Die ehemaligen Militärs sind in mehrfacher Hinsicht schlechte Polizisten: Sie sind politisch unzuverlässig und beherrschen ihr Metier - zivile Sicherheit und Verbrechensbekämpfung - nicht. Zudem scheint die Korruption unter den Uniformierten fröhlich Urstand zu feiern.

- 5 -

Sagen wir es in groben Worten: Ohne die amerikanische Militärpräsenz wäre Endara nicht mehr an der Regierung. Oberst Hererras Putschversuch vom Dezember 1990 zeigte zwar etliche operettenhafte Züge, er war aber durchaus ernst gemeint, und deshalb rief Endara damals das Southern Command zu Hilfe. Auch wenn an der demokratischen Legitimation der neuen Regierung aufgrund der Wahlen vom Mai 1989 nicht zu zweifeln ist, so trägt Endara nach der Invasion und nach dieser Intervention halt doch das Schandmal des "Herrschers von US-Gnaden" auf der Stirne. Wenn eine Regierung nicht auf die Instrumente ihres Machtmonopols zählen kann, ist sie eine verunsicherte Regierung und wenn sie ihre Durchsetzungskraft von aussen beziehen muss, fehlt es ihr an Glaubwürdigkeit: So wird die heutige Regierung vom Volk gesehen, und das bekommt ihr nicht gut. Wo aber führt der Weg aus dem Dilemma US-Protektion versus deloyale Ordnungskräfte heraus? Wohl nur über eine völlige personelle Erneuerung der Polizei. Doch dies geschieht nicht in wenigen Tagen.

Im März 1992 soll das Volk über eine Verfassungsänderung abstimmen, um die Armee, wie in Costa Rica, auch rechtlich zu beseitigen. Der costarikanische "Friedenspräsident" Arias feiert diesen Schritt im voraus euphorisch. Die Verfassungsänderung bedeutet gewiss einen echten Beitrag an die Befriedung und Entmilitarisierung der Region. Doch kann Panama deshalb noch nicht auf zuverlässige und effiziente Sicherheitskräfte zählen. Dass zudem die Abhängigkeit vom amerikanischen Schutz noch grösser wird, liegt auf der Hand.

Korruption/Drogenhandel: Die Korruption gehört leider zur "Kultur" aller lateinamerikanischen Länder. Es dürfte jedoch schwer halten, ein anderes Land zu finden, in dem sie, wie in Noriegas Panama, zum Kern und System von Verwaltung und Wirtschaft "ausgebaut" wurde. Es war die Behinderung, welche die Privatwirtschaft durch diese "deloyale Konkurrenz" erlitten hat, und kein ideologischer Grund, welcher die Unternehmer zum "Krieg" gegen den Narcogeneral veranlasste.

Mit dem Sturz Noriegas und seiner engsten Mitarbeiter wurde das System weitgehend demontiert. Zu glauben, damit sei die Korruption auch nur halbwegs ausgerottet, wäre aber naiv. In Wirtschaft und Verwaltung spielt sie noch immer eine gewichtige, einige meinen sogar eine wieder zunehmende Rolle, wenn auch - dies verdient hervorgehoben zu werden - die Regierung selbst "sauber" zu sein scheint.

Noch mehr als die Korruption bereitet den Behörden und den USA der Drogenhandel Sorgen. Es scheint Noriegas Sturz habe das verzweigte Netz der Transport- und Geldwaschkanäle kaum zerrissen. Zwar hätten - so sagte mir vor Monaten Panamas Polizeichef - die grossen Händler anfänglich den Kopf eingezogen, doch es sei nie gelungen, der Hydra den Kopf abzuschlagen. Die "Dezentralisierung", zu der sich der Handel nach dem Verlust

von Noriegas Steuerungsorgan gezwungen sah, mache die Bekämpfung eher noch schwieriger. Ob Panamas Bankensystem nach dem mit den USA abgeschlossenen Rechtshilfeabkommen den Weisswäschern weniger Zufluchtmöglichkeiten bietet, ist schwer zu beantworten.

Wirtschaft/Soziales: Wenn Noriega zum Schluss "das ganze Volk" gegen sich hatte, dann vor allem, weil es diesem schlecht ging. Heute geht es dem Volk wieder besser, aber nicht so gut wie es beim Umsturz gehofft hatte. Das schafft eine ernstzunehmende Unzufriedenheit.

Die politische Krise der Jahre 1987 bis 1990 führte zu einem weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch. Als unmittelbare Ursachen wirkten dabei das amerikanische Handels- und Finanzembargo, sowie die Zurückhaltung der Unternehmer, welche die Produktion und die Investitionen massiv einschränkten. Die Flucht der Depositen aus den off-shore-Banken und der virtuelle Stillstand des Handels im Freihafen Colon verschärften die Rezession, denn sie schlugen ungebremst auf die Binnenwirtschaft durch. Die Geschäftsumsätze fielen, die Touristen blieben dem Land fern, die Bautätigkeit erlag und die Arbeitslosigkeit stieg auf schwindelerregende Höhen. Nachdem die USA der Regierung den Geldhahn abdrehten, kam es zu einer dramatischen Liquiditätsverknappung, die ihrerseits die Nachfrage hemmte.

Viele der Faktoren des Wirtschaftsdebakels fielen mit Noriegas Sturz schlagartig weg, und somit wäre eigentlich der Weg zu einer raschen Erholung frei gewesen. Wenn sich die Besserung trotzdem nicht so schnell und so weitgehend einstellte, wie viele hofften, dann hat dies exogene und endogene Ursachen: Den Unternehmern, vor allem den potentiellen Investoren, fehlt offenbar noch immer das nötige Vertrauen. Dies zeigt sich in den nur mangelhaft nachgefragten Bankkrediten und in der Kurzfristigkeit der Neuverschuldungen. Im weitem beschränkt sich das Wachstum weitgehend auf den Handel, ist demnach nicht besonders nachhaltig und weist einen sehr beschränkten Beschäftigungseffekt auf. Wenn die panamaische Wirtschaft aber ein Hauptproblem kennt, dann ist es die Arbeitslosigkeit.

Als Bremse erweist sich aber auch das Austeritäts- und Strukturanpassungsprogramm, mit dem die Regierung Staat und Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen wollen. Insbesondere hat es weitere Personalentlassungen zur Folge. Die forcierte Nachzahlung der Schuldenrückstände zwang die Regierung sodann zu schmerzlichen Einschränkungen im Sozialbereich. Auch muss die Sozialversicherung gründlich saniert werden, wenn sie überleben soll. Doch Sanierung heisst vor allem Leistungsabbau, und so wächst die "soziale Schuld" des Staates im selben Mass, in dem die Aussenschuld konsolidiert wird. Die Frustration grosser Bevölkerungsteile nimmt zu, und diese Enttäuschung könnte eines Tages politische Kosten haben. Man fragt sich daher, ob die Regierung gut beraten ist, den Auf-

schwung durch eine einseitig angebotsorientierte Politik zu suchen. Wird eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, durch welche die Arbeiter wichtige Errungenschaften verlieren, tatsächlich die benötigten Arbeitsplätze schaffen?

4. Als ich am Weihnachtstag 1989 durch das völlig niedergebrannte Armenviertel El Chorrillo ging, in dem während des amerikanischen Angriffs eine grosse, wenn auch noch immer unbekanntes Zahl Menschen um's Leben kam, hörte ich kaum eine kritische Stimme gegen die US-Invasion, und auf den Strassen schenkten junge Panamaerinnen den amerikanischen "Boys" spontan Blumensträusschen: Bilder, die an die Befreiung Europas nach dem zweiten Weltkrieg erinnerten. Schon damals aber bestand kein Zweifel - und heute, nach der grossen Ernüchterung erst recht nicht mehr -, dass die Invasion im panamaischen Volk ein Trauma hinterliess. Wenn sich die grosse Mehrheit auch von einer korrupten Zwangsherrschaft befreit fühlte, so wurden doch Panamaer durch US-Amerikaner besiegt, und der Augenschein in den ersten Tagen nach der Invasion konnte nicht täuschen: Panama war ein besetztes Land. Die Invasion forderte auch einen hohen Blutzoll, ein Thema, das in Panama und Washington bis heute völlig tabuisiert blieb. Aber selbst für die panamaischen Sieger bedeutet die Invasion eine Hypothek: Den Mangel, dass ihr amerikanische Bajonette den Weg an die Macht ebneten, wird die Regierung Endara so schnell nicht los. Nichts könnte die "beschränkte Souveränität" des Landes plastischer symbolisieren, als die Tatsache, dass diese Regierung in der Invasionsnacht auf einer amerikanischen Militärbasis eingeschworen wurde. Hätte es trotz alledem noch eines "Beweises" bedurft, wo die wirkliche Macht in Panama liegt, das Southern Command erbrachte ihn, als es im Dezember 1990 die Regierung gegen den putschenden Oberst Herrera stützte.

Die Abhängigkeit von den USA ist bekanntlich so alt, wie Panama selbst und auf Grund des Kanals, sowie der stationierten Truppen auch viel drückender als in irgend einem andern lateinamerikanischen Land. Die Tatsache, dass Panama den US-Dollar als Landeswährung führt und deshalb, ohne eigene Notenbank, nicht über einen "lender of last resort" verfügt, hat über die wirtschaftliche Bedeutung hinaus eine politische und eine "symbolische": Sie ist ein deutliches Indiz, wie wenig sich seit der Staatsgründung von 1903 eine nationale Identität hat ausbilden können. Wenn man am Ende von Noriegas Herrschaft viele Panamaer immer wieder sagen hörte, Panama sollte der 51. US-Staat werden, damit wären alle Probleme gelöst, so übersteigt dies das bloss Anekdotische. Die erwähnten Inkongruenzen in Panamas politischer Struktur, das Amorphe, auf das wir weiter oben hingewiesen haben, ist der konkrete Ausdruck dieser fehlenden nationalen Identität. Das heisst aber, dass es heute in Panama nicht einfach darum geht, die Wirtschaft zu modernisieren oder einen "historischen Fehler" (Noriega) zu überwinden. Das Land ist noch immer mit dem grundlegenden Prozess der "nation-building" beschäftigt, und der ist ohne Emanzipation vom "Protector" nicht denkbar.

So leicht wird Panama aber sein amerikanisches "Ueber-Ich" nicht los, das zeigt die Entwicklung seit der Invasion deutlich. Die harte Austeritäts- und Strukturanpassungspolitik gehorcht nicht nur und nicht immer "dem eigenen Triebe" der Regierung Endara. Wie die Aushandlung des Rechtshilfeabkommens zudem zeigt, schreckt Washington auch vor massiven Druckmitteln nicht zurück, wenn der Zögling nicht willig ist.

Zwischen Aussenminister Linares und meinem US-Kollegen kam es deswegen in den letzten Monaten mehrere Male zu peinlichen verbalen Zusammenstössen. Dean Hinton nimmt dabei nicht einmal auf das nationale Selbstwertgefühl seiner Gastgeber Rücksicht, sondern gefällt sich in der Pose des "Prokonsuls".

Am meisten gibt aber zu denken, dass die USA entgegen allen früheren Versicherungen, die Kanalverträge neu aushandeln wollen, um über das Jahr 2000 hinaus den Luftwaffenstützpunkt Howard "behalten" zu können. Daraus machen amerikanische Gesprächspartner heute kaum mehr ein Geheimnis. Noriega versuchte bekanntlich das Volk mit der Behauptung für sich zu gewinnen, die USA wollten das Torrigos-Carter-Abkommen brechen. Washington stellte das immer entschieden in Abrede. Rutscht die Regierung Endara nicht fast in die Rolle eines Verräters, wenn sie jetzt dem amerikanischen Ansinnen stattgibt?

5. Nach der Euphorie des Januars 1990 hat sich am Kanal schon seit langem Ernüchterung, ja Enttäuschung breit gemacht. Das ist zwar noch kein Grund zu Alarm, werden doch bei gewaltsamen Umbrüchen die Erwartungen vom Volk immer viel zu hoch angesetzt. Die Regierung kann sich zudem damit trösten - und sie tut es! -, dass viele Probleme, wie wir sahen, so tiefe Wurzeln haben, dass sie nicht im Handumdrehen gelöst werden können.

Und trotzdem: Es liegt auch an der Regierung, wenn Ziele nicht erreicht wurden und wenn das Volk enttäuscht ist, und das ist Grund für Bedenken und Befürchtungen. Es geht dabei weniger um konkrete Fehler und Mängel in der Regierungsarbeit. Endara und seine Equipe haben ihre Verantwortung schliesslich ohne jegliche Erfahrung antreten müssen, und wie der La Prensa Herausgeber "Bobby" Eisenmann einmal monierte, muss auch Regieren gelernt sein. Lernen ist aber mit Fehlermachen verbunden.

Der Vorwurf an die Regierung ist viel ernster, betrifft er doch deren mangelndes staatspolitisches Verantwortungsgefühl. Wie die ADO-Regierung im März 1991 auseinanderbrach, das war gleichzeitig Trauerspiel und Schmierentheater, denn hinter dem Hinauswurf der Christdemokraten standen kaum sachliche Differenzen, sondern fast nur egoistische Machtkämpfe und kleinliche Rivalitäten. Der Blick auf die nächsten Wahlen gehört zwar zum Gebaren jedes Politikers. Wenn er aber das Wahrnehmen der Regierungsaufgaben verhindert, dann kann man nur von Verantwortungslosigkeit sprechen. Das aber ist es, was im Vorfeld der "Scheidung" zwischen den Christdemokraten und ihren Koali-

- 9 -

tionspartnern geschehen ist. Kommt dies in einer alterfahrenen Demokratie vor, so dürfte sich der Schaden in Grenzen halten. Im Falle Panamas steht mehr auf dem Spiel. Die Koalitionsregierung hat schliesslich nicht einfach eine andere demokratisch gewählte Regierung an der Macht abgelöst. Sie trat mit dem Anspruch einer historischen Wende an: Nach der feudalistischen, diktatorialen und korrupten Vergangenheit sollte das demokratische Zusammenleben in einem modernen Staatswesen beginnen. Deshalb steht jetzt nicht einfach die Regierungstüchtigkeit dieser oder jener Partei zur Debatte, es geht um die Glaubwürdigkeit eines ganzen Modells, der "demokratischen Alternative".

Demokratie, so sagt ein Gemeinplatz, ist die Staatsform der Geduld, und ein anderer will wissen, dass Rom auch nicht in sieben Tagen aufgebaut wurde. Beides fällt einem ein, wenn man die Entwicklung Panamas aber auch anderer Länder, wie Nicaragua, betrachtet. Pessimismus ist nicht am Platz, aber man wird sich mit Geduld wappnen müssen, bis man am Kanal ein wirklich unabhängiges demokratisches und "sauberes" Land entstehen sehen wird.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



J. Bucher

Kopie an:

- Schweiz. Botschaften in Washington, Guatemala und Panama
- COSUDE, Tegucigalpa (via Guatemala)